

Josef Rutz
*Büchelstr. 23
8212 Neuhausen am Reinfall
Tel. / Beantw. / Fax *052 xxx xx xx

Kanton Schaffhausen
Finanzverwaltung
Rosmarie Widmer Gysel
J.J. Wepferstrasse 6
8200 Schaffhausen
P e r s ö n l i c h

Neuhausen, Montag, 3. Februar 2014

Für Menschenrechtsverletzungen zahle ich nicht - zum Zweiten!

ZUR WILLKÜRLICHEN EINSTELLUNG DES STRAFVERFAHRENS Nr. OG
51/2013/3 Dok. 1400 - vom 04.10.2013

Frau Widmer Gysel

Sie schreiben richtig „In diesem Zusammenhang wäre der Entscheid des Obergerichts selbst anzufechten gewesen.“ Diesbezüglich habe ich Ihnen die latente Rechtsbeugung zu meinem Schaden ausführlich genug belegt. Die Situation der – übrigens immer gleichen – Verbrecher-Richter gegenüber meiner Person ist in etwa äquivalent mit derjenigen von Hitlers Gestapo, die sich soeben eines Juden bemächtigt hat, um diesen zu vernichten. Bezüglich Ihrer voreiligen Annahme bezeugen die jüngsten Beweise einmal mehr, wie schurkenhaft die Seilschaft Marti-Stamm Hurter gegen meine Person gehandelt hat. Pikant: Alle meine, zum Teil schweren Vorwürfe, mussten praktisch ohne Zwischentöne anerkannt werden. Ich verweise auf www.rutzkinder.ch / [EINSTELLUNG STRAFVERFAHREN](#), sowie **Bundesgericht** und **'der Tritt mit dem Nagelschuh'**, von Reto Michel. Sie sehen also: **Das Recht ist blockiert.**

Ist der Rechtsstaat in Schaffhausen nicht mehr in Kraft?

Würde rechtsstaatlich im 'Fall Rutz' gehandelt, erhielte ich, genau wie es Eure **Strafprozessordnung Art. 46** vorsieht, das Recht auf einen frei wählbaren, unbefangenen Pflichtverteidiger. Da dies nicht geschehen ist, ist auch der Entscheid des Obergerichts Null und nichtig. Oder können Sie mir beweisen, dass dieses Recht für Josef Rutz keine Gültigkeit hat?? ... Wir stellen also fest, dass sich Zürcher und die ihm zudienenden 'Richter' gleich mehrere OFFIZIALDELIKTE zuschulden kommen liessen. In Ihrer Stellung als Regierungspräsidentin brauche ich Sie ja nicht zu belehren, dass die obigen und nachfolgend aufgeführten Straftaten, VON AMTES WEGEN verfolgt werden müssen! Siehe auch ...

1. **EMRK Art. 6 Recht auf faires Verfahren** – unterschlagen fehlende Verteidigung
2. **Freiheitsberaubung und Entführung** StGB Art. 183 ... 71tägiger BEUGEHAFT.
3. **Falsche Anschuldigung** StGB Art. 303 ...Nicole Hebden: [Tötungsdelikte sind nicht auszuschliessen.](#)
4. **StGB Art. 312 Amtsmissbrauch** ... alle Erwähnten sind schuldig
5. **Körperverletzung** Art. 125 Abs. 1 StGB **wer fahrlässig einen Menschen** am Körper oder **an der Gesundheit schädigt**, wird auf Antrag mit Gefängnis oder Busse bestraft. ... Dr. Heiner Gujer, Dr. Kai-Uwe Lorenz usw. können dies bezeugen.
6. **Nötigung**
StGB Art. 181 Wer jemanden **durch Gewalt oder Androhung ernstlicher Nachteile** oder durch andere Beschränkungen seiner Handlungsfreiheit nötigt, etwas zu tun, zu unterlassen oder zu dulden, wird mit Gefängnis ...
7. **Drohung** StGB Art. 180 Wer jemanden durch **schwere Drohungen** in Schrecken oder Angst versetzt, wird **auf Antrag** mit Gefängnis oder Busse bestraft. ... Wenn ich mich nicht androhungsgemäss zwangspsychiatrisieren lasse, dauere Haft umso länger. Und das, obwohl ein Aktengutachten vereinbart wurde.

Weitere Straftaten

8. **Begünstigung Art. 305 StGB** alle Strafanzeigen g. Zürcher wurden unterschlagen, bzw. zur Behandlung an Zürcher selbst, retourniert (!)
9. Noch immer ausstehend – **wer gab den Auftrag, mit geeigneten (Druck)-Mitteln den Suizid-Test am Beklagten durchzuführen?** Auch dies muss untersucht werden, da offenbar jemand damit rechnete, **Josef Rutz** in seiner Niedergeschlagenheit, Hungerstreik und Medikamentenverweigerung **von der verdeckten Exekution Gebrauch machen**. Im seit Jahren nicht mehr zulässigen Schaffhauser Gefängnis kommt es hoffentlich nie mehr vor, dass Staatsangestellte dazu missbraucht werden, um **waffenfähiges Material**, wie Sprühdosen, Feuerzeug, Sackmesser, Messer mit 11cm langer, rasiermesserscharfer Schneide usw. **in eine Gefängniszelle zu schleusen!!** ... Es dürfte Ihnen ja bekannt sein, dass normalerweise **nicht einmal ein Gürtel zugelassen wird**, andererseits Menschen einfach 'ersticken' (...).

Der wichtigste Punkt, den Sie 'übersehen' haben

Auch darüber, **dass der Regierungsrat die Oberaufsicht über die Staatsanwaltschaft innehat**, bräuchte ich Sie nicht aufzuklären. Bitte besprechen Sie diesen Aspekt auch mit

ihrem Ratskollegen **Ernst Landolt**. Ihn habe ich seinerzeit persönlich auf die Macheschaften aufmerksam gemacht. In der Folge hat er mir unter anderem auch seinen Unmut über den künstlich hochgehaltenen Pendenzenberg – wohl mittels Scheinverfahren wie in meinem Fall – signalisiert und auch gesagt, deswegen, einen **halbjährlichen Bericht von der Staatsanwaltschaft angefordert** zu haben.

Beim Lesen meines Briefes Dok. 1420 vom 14.01.2014 hätte Ihnen meine umfangreiche Liste mit den Betrügereien der Schaffhauser Juristik ins Auge stechen müssen. Es kann doch nicht angehen, dass ich als Handwerker und Steuerzahler auch noch Eure Aufgaben übernehme. Infolge schwerster Menschenrechtsverletzung und Betrug, begangen durch extremste Berufs - Verbrechen durch Angestellte der 3. Gewalt des Kantons Schaffhausen verlange ich zum zweiten Mal

9. Die unverzügliche Annullierung der **Rechnung Nr. 90274280** von Fr. 600.- des Obergerichts. Bitte senden – oder lassen Sie mir die entsprechende Bestätigung in- nert nützlicher Frist - zu.
10. Es seien die gegen den Geschädigten Josef Rutz begangen, und auch in meinem letzten Brief – Dok. 1422 - eingeklagten **OFFIZIALDELIKTE durch ein Nicht-Schaffhauser Gericht zu untersuchen** und entsprechend zu ahnden.
11. Das jüngste, von der SH-Justiz mittels betrügerischer Amtswillkür / Amtsmissbrauch begangene Verbrechen in Sachen Einstellung des Strafverfahrens OG Nr. 51/2013/36/C zum Schaden des Schreibenden ist für ungültig zu erklären und Josef Rutz die Anrufung einer Nicht-Schaffhauser Justiz zu gewähren.
12. Aufgrund der katastrophalen Willkür einzelner Richter verlange ich überdies die **öffentliche Anhörung** vor dem Gesamtregierungsrat – auf dass Sie sich persönlich über den Wahrheitsgehalt meiner Einwände überzeugen können.

Solltet Ihr diese perversen Verbrechen gutheissen oder sogar mittragen, werde ich aufgrund immer grösserer gesundheitlicher oder körperlicher Probleme; und vor allem wegen des drohenden systematischen Ruins, in absehbarer Zeit nicht mehr imstande sein, Steuern für die fix besoldeten Häscher zu bezahlen. Mit der Enteignung um über Fr. 250'000 ist das Mass definitiv voll. Bitte stellen Sie das Recht tunlichst wieder her. Sollte dies nicht geschehen, bliebe mir nichts mehr weiter übrig, als meine persönliche Integrität im selben, wie von den fehlbaren Richtern bisher ungehindert beanspruchten rechtsfreien Raum zurückzuholen – dazu Szenarios 1 bis 3 am Ende des Briefes. Rechnerisch wäre dieser Zustand längst gegeben, muss ich doch Jahr für Jahr trotz relativ gut bezahltem 100%-Job, Überstunden und verbissenem Sparen - obwohl ich kein Auto habe - das Manko laufend mit meinem Ersparten kompensieren(!).

Alle, die nun seit über 10 Jahren mit ihren Betrügereien und dem dreckigen Geschäft mit der Angst, stets gescheitert sind, wissen darum: Ich werde sie für ihre Taten bei der Hauptverhandlung 'gerade stehen' lassen. Um dies zu verhindern, scheut sich diese per-

verse Verbrecherkohorte auch nicht vor der Inszenierung eines zweiten 'Falles Schlatter'. Dieser richterlichen Strategie und der Mathematik mit gesundem Menschenverstand folgend, lassen sich gewisse Notstandsmassnahmen ableiten. So habe ich es nun gewissermassen in der Hand, beizeiten und nach Gutdünken, auch für mich ein beschauliches Stück von diesem 'Kuchen' herauszuschneiden, und nachhaltig zu geniessen, ehe er von diesem Staat anscheinend so unüberlegt und verschwenderisch verteilt wird - oder?

Meine Intelligenz dürfte ohne weiteres genügen, um Euch dereinst nach vollständiger Enteignung – gem. Szenario 3 spätestens im zweiten Jahre der Wegsperrung, wie im Beispiel um Erich Schlatter - ohne Job und Eigentum dereinst in Gefängnissen und Psychiatrien ein paar Millionen Franken mehr, als mein erwähnter Wegbereiter an Unterhalts- [Zwangspychiatrie](#)- und [Gefängniskosten](#) zu verursachen. Da ich davon ausgehe, dass auch Sie Rechnen gelernt haben, lade ich Sie zur gemeinsamen Kalkulation inklusiver der für mich daraus resultierenden logischen Auswahl dreier, Szenarios ein. Einerseits das von mir persönlich favorisierte in der Spalte 'freier Bürger', von einem durchschnittlichen Schweizer Bürger ausgehend, welcher einer geregelten Arbeit nachgeht, sämtlichen staatlichen Pflichten nachkommt, ein eigenständiges, gegen jedermann ehrliches, freundliches und friedfertiges Leben führt und niemandem etwas schuldig bleibt. Kurz: Eine echte Bereicherung für ein ehrliches System und den Bürger!

Szenario 2 sieht dagegen bereits für beide Seiten ziemlich düster aus, zumal für den Betroffenen der systematische Ruin seinem Kulminationspunkt bedrohlich näher rückt – sieh Spalte 'Opfer von Rechtswillkür' oder eben meine aktuelle, nicht mehr tolerierbare Situation.

Szenario 3 dürfte mich erst gleichermassen berühren und nach 1 bis 5 Jahren wie massiv steigende Aktienkurse für mich und für den sogenannten Staat eher katastrophal enden. Und da ich persönlich Psychiatrie bevorzuge, traue ich mir ohne weiteres zu, die mir gegenüber den mir willfahrenden Beamten angedichteten, sogenannten paranoiden Züge,

psychiatriegerecht zu vervollständigen. Selbstverständlich wäre ich soweit von Vorteil, äusserst kooperativ und würde womöglich, wie seinerzeit Gert Postel mithelfen, das Soll einer weiteren, möglichst hohen Kostenstelle in der auf ein Jahr gerechneten, und zu Euren Gunsten abgerundeten Grössenordnung von Fr.401'000 zu 'erwirtschaften'. Sollten alle Stricke reissen, sodass ich, enteignet wie Erich Schlatter, mein Leben ebenfalls als Obdachloser fristen müsste, würde ein Kinnhaken oder einmal kräftig die Nase polieren bei jenen, die nichts Besseres verdienen, wie ein geölter Blitz, für eine warme Unterkunft, Essen frei Haus usw. usf. wohl unverzüglich durch einen dieser Schaffhauser 'Böcke' sichergestellt.

Darüber hinaus würden spätestens ab Dato täglich gute Fr. 1600 exkl. Zusatzkosten für eine Art gehobenen Lebensstandard für meine Wenigkeit sorgen. Während ich vermittels meiner Lebensversicherung – zu finden auf www.rutzkinder.ch – nach –zig Jahren, mich womöglich kerngesund, steinalt und lebenssatt über die Blödheit aller involvierten Perso-

nen totlachen müsste, um mich in eine Ewigkeit zu begeben, wo Gott für Recht und Ordnung sorgt. Es ist doch völlig pervers, paradox, um nicht zu sagen – wahnsinnig - wenn die gegenwärtig Mächtigen dieser Plutokratie nicht einmal mehr dazu fähig sind, eine friedliche Koexistenz von Bürger und Staat in einem beidseitig tragbaren, wirtschaftlichen Rahmen, sicherzustellen!

Als Regierungspräsidentin und dazu auch noch Vorsteherin des Finanzdepartementes müssten Sie unter diesen Vorzeichen also sehr wohl ein Interesse haben, energisch für das Wohlergehen UNSERES Staates einzustehen. Wie schon andernorts erwähnt, sind auch Sie mitverantwortlich am Fortgang des von Euch regierten Staates, der kurz vor einer weiteren Plünderung wegen ein paar wenigen Schurken-Richtern – nachgewiesen - steht.

Die verbrecherischen Individuen sind dermassen viel zu weit gegangen, dass abgesehen von mir, auch ihrerseits ein Abhängigkeitsverhältnis entstanden ist und somit ein umso grösserer Skandal bevorsteht. Machen nun auch Sie die Kosten-Nutzen-Rechnung. Halten Sie fest, was schlauer ist: Einen freien, äusserst friedliebenden, stets nach christlichen Grundsätzen handelnden, fleissigen Bürger zu haben, der niemandem etwas schuldig bleibt und mit Freuden sein Brot nach dem biblischen Grundsatz – im Schweisse seines Angesichts - jährlich gute Fr. 6'000.- an Steuern für ein korruptions- und verbrechensfreies Schaffhausen investiert oder die totale Eskalation wie oben beschrieben? Ich erwarte Ihre konkrete Stellungnahme, welches Szenario Sie – der gesamte Regierungsrat - favorisiert!

Damit haben Sie, nebst den ungeheuren Tatsachen, mehr als genug Rechtsmittel, um Kraft Ihres Amtes eine Untersuchung der katastrophalen Zustände Eurer Justiz einzuberufen UND DAS RECHT UNVERZÜGLICH WIEDERHERZUSTELLEN!! Dabei bitte ich darum, endlich, meinem seit Jahren unterschlagenen, einzigen Anliegen, dem persönlichen Verkehr mit meinen Kindern pflegen zu dürfen, endlich zu entsprechen.

Und da dieses Ultimatum zum Zeitpunkt, da Sie es lesen, bereits in aller Munde, bzw. aller Welt – Internet – ist, dürfte eine weitere Kriminalisierung meiner Person aussichtslos sein. – Zumal ich so viel Unrecht, Betrug und Willkür einerseits ohne mich strafbar zu machen, ertragen, und andererseits dieses lückenlos nachgewiesen habe, während mir das Recht dennoch verweigert worden ist.

Besorgen Sie mir das Recht und als dessen Umsetzung den bis heute unterschlagen offiziellen und von Staat bezahlten Verteidiger. Dieser würde nicht nur den Fall Rutz abschliessen, sondern den Regierungs- und Kantonsrat auf allfällig korrupte, verbrecherische, unzurechnungsfähige oder womöglich geistesgestörte Richter aufmerksam machen. ... damit die Justizkommission wieder ihre eigentliche Aufgabe erfüllen kann.

Abschliessend bitte ich Sie, diesen und [meinen vorherigen Brief](#) bis zum Tag X sorgfältig aufzubewahren. Ich werde Sie dereinst zuhänden meiner Beweisführung in den Zeugenstand rufen lassen.

Freundliche Grüsse

Josef Rutz

Position	Damals: freier Bürger	Jetzt: Opfer v. Rechtswillkür	Demnächst: politisch verfolgt u. staatlich versorgt
Lohn / Pekulium	62'000.00	62'000.00	-1'900.00
Rechtsberatung	-0.00	-10'000.00	-
Miete	-12'000.00	-1'000.00	-
Steuern	-6'400.00	-6'000.00	-
Versicherungen	-1'440.00	-2'000.00	-
Krankenkasse	-4'221.00	-4'221.00	-4'221.00
Krankheitskosten	-204.00	-700.00	6'400.00
Kleider	-240.00	-240.00	150.00
Ernährung	-2'760.00	-2'760.00	3'500.00
öffentliche Ver- kehrsmittel / Velo	-840.00	-840.00	-
Gerichts- u. Verfah- renskosten	-0.00	-25'000.00	40'000.00
Gefängnis	-0.00	-19'500.00	32'000.00
Zwangspanychiatrie	-0.00	-	260'000.00
Alimente	-16'200.00	-16'200.00	-16'200.00
Haushalt	-420.00	-420.00	-
Ferien	-2'160.00	-	-
Essen auswärts	-600.00	-	-
Haus	-600.00	-600.00	-
Auto	-6'000.00	-	-
Pflichtverteidiger	-0.00	-5'800.00	10'000.00
Büro	-240.00	-400.00	-
Kampfsport u. Betreuung	-	-	-27'000.00
Erspartes / Manko auf Staatskosten	7'675.00	-33'681.00	-401'371.00

- Kopien
- Rechtsgültiger Beweis für das Absenden des Briefes vorhanden
- Veröffentlichung dieses Schreibens wird ausdrücklich vorbehalten